

## Inhaltsverzeichnis

### 2-4 DSW-Mitteilungen

- 2 S Broker: DSW mit neuer Partnerschaft
- 2 Experten-Tipp: Fintechs: Banken und Anleger könnten profitieren
- 3 Quartalsberichte: Freiwillige Mitteilung soll zum Standard werden
- 3 DSW-Anlegerbarometer: Privatanleger sehen DAX 2016 im Plus – BASF erneut Lieblingsaktie der Aktionäre
- 4 Positiver Ausblick auf die Wirtschaft für das Jahr 2016

### 5-7 Aktivitäten der Landesverbände

- 5 Verfassungsbeschwerde gegen IVG Immobilien AG vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen
- 5 In eigener Sache: Klaus Nieding neuer Vorsitzender des Prüfungsausschusses für den „Fachanwalt Bank- und Kapitalmarktrecht“
- 6 Gesetzgeber will Widerrufsjoker für Verbraucherkredite kippen
- 6 EEV AG Insolvenz: Erneut Privatanleger betroffen
- 7 Jahresrückblick aus dem Bayerischen Landesverband
- 7 Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der Mobotix AG
- 7 Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der CeoTronics AG

### 8 Konjunkturmonitor

Deutschland hui, China pfui

### 9 Börsenmonitor

Ein Fehlstart nach Maß

### 10 Veranstaltungen

### 10 Impressum

### 11 Mitgliedsantrag

## Anleger, hört die Signale!



Liebe Leserin, lieber Leser,

**nach einem turbulenten, aber unterm Strich erfreulichen Börsenjahr 2015 sprießen nun allerorts Prognosen aus dem Boden, wie das neue Börsenjahr 2016 denn nun werden könnte. Die Frage ist durchaus spannend.**

Insgesamt fällt die Prognose für 2016 sicher nicht so homogen aus wie in manch vergangenerem Jahr. Dennoch lassen sich positive Tendenzen erkennen. Dies ist auch nicht ganz unberechtigt, denn die makroökonomischen Zeichen weisen eher auf eine Stärkung der Wirtschaft hin, was zudem den Börsenkursen helfen sollte. Die letzte EZB-Entscheidung sollten wir ebenfalls als – wenn auch eher zartes – positives Zeichen für die europäische Wirtschaft deuten. So hat sich Notenbankchef Mario Draghi mit der EZB-Entscheidung wieder ein wenig Raum verschafft und nicht jegliches Pulver verschossen. Auch die fast zeitgleiche Zinsentscheidung der US-amerikanischen Notenbank sollten wir als Zeichen von Stabilität und Stärke verstehen, verbunden mit einem Konjunkturprogramm für Europa über einen schwachen Euro.

Aber selbst wenn die Rahmenbedingungen sich ein wenig aufhellen, sind es doch am Ende wir Anleger, die darüber entscheiden, ob der DAX eher gegen Norden oder Süden tendiert. Hier habe ich aber gute Nachrichten für Sie. So haben wir viele hundert Anleger befragt, wo sie den DAX am Ende des Jahres 2016 sehen. Und bis auf wenige Ausnahmen zeigt sich hier ein positives Bild. Der Durchschnittswert der Erwartungen liegt knapp unter 12.000 Punkte. Das ist nochmals deutlich 10 Prozent mehr als der DAX aktuell auf die Waage bringt. Überlegt man nun noch, dass klassischerweise wir Privatanleger unsere Prognosen mit einem Vorsichtsabschlag versehen, so lässt sich doch sehr für das Börsenjahr 2016 hoffen.

Ihr Marc Tüngler

## S Broker: DSW mit neuer Partnerschaft

**Die DSW hat einen neuen starken Partner: Ab sofort können Kunden des Sparkassen Brokers vom Know-how der DSW profitieren. Im Rahmen einer Kooperation mit Deutschlands größter und ältester Anlegerschutzorganisation bietet der S Broker das so genannte DSW-Anlegerschutzpaket an.**

Neben der rechtlichen Erstberatung zu allen Themen rund um die Wertpapieranlage können S Broker-Kunden unter anderem die Stimmrechtsvertretung auf Hauptversammlungen durch die Schutzvereinigung in Anspruch nehmen und kostenfrei an den bundesweiten DSW-Veranstaltungen für Privatanleger teilnehmen. Alle anderen Leistungen und Services einer DSW-Mitgliedschaft gehören selbstverständlich ebenfalls zum Paket. „Wir freuen uns sehr, dass wir mit S Broker als einem der großen Privatanleger-Broker nun einen wirklich starken neuen Partner an unserer Seite haben“, so Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW.

Umgekehrt sind die Verantwortlichen des Brokers vom Leistungsumfang des DSW-Pakets überzeugt „Mit den vielfältigen Leistungen der DSW können wir sowohl im DirektDepot als auch im S Broker DepotPlus, dem neuen Brokerage-Angebot für Sparkassenkunden, ein attraktives Vorteilspaket anbieten, das zu diesen Konditionen und in der Kombination mit einem Depotangebot am Markt einzigartig ist“, betont Jens Wöhler, Mitglied des Vorstandes des Sparkassen Brokers. Marc Tüngler ergänzt: „Gemeinsam mit dem S Broker stellen wir das Bedürfnis der Anleger nach Zuverlässigkeit, Fairness und Schutz in den Mittelpunkt. Zu allen denkbaren Fragen und Wünschen der Kunden stehen professionelle Ansprechpartner zur Verfügung. Ein echter Mehrwert für jeden Anleger.“ Die Laufzeit des DSW-Anlegerschutzpakets beträgt drei Jahre und endet danach automatisch.

Mit rund 30.000 Mitgliedern, organisiert im Bundes- und den insgesamt acht Landesverbänden, ist die DSW Deutschlands führende Aktionärsvereinigung und zugleich Dachverband für die rund 7.000 Investmentclubs im Land.

## Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

## Fintechs: Banken und Anleger könnten profitieren

**Frage:** Als junger Student interessiere ich mich bei meinen Bankgeschäften sehr für die sogenannten Fintechs. Sie decken nicht nur Online-Bezahldienste ab, sondern bieten auch Online-Kredite zu günstigen Konditionen und Online-Dienstleistungen im Wertpapiergeschäft. Jetzt höre ich, dass Überlegungen aufkommen, diese Fintechs stärker zu regulieren. Ich würde deshalb gerne von Ihnen wissen, was Sie von den jungen Start-ups im Bankbereich halten? Werden diese den Bankensektor aufmischen? Und worauf sollte ich bei diesen Anbietern als Anleger achten?

**Antwort:** Die neuen Fintech-Unternehmen sind in der Regel junge Start-up Unternehmen, die vor allem viel Online- und Software-Technologie im Bereich Finanzdienstleistungen bieten. Ein Bereich, der bei den klassischen Banken bisher eher unterentwickelt war. Tatsächlich schießen diese Unternehmen wie Pilze aus dem Boden. Ob sie allerdings die Bankenlandschaft wirklich dauerhaft verändern, ist noch offen. Zunächst ist es aus Anlegersicht wichtig zu wissen, dass diese neuen Anbieter ihr Geschäft dort betreiben, wo keine Banklizenz gefor-

dert wird. Das heißt am Beispiel der Kreditvergabe: Fintechs agieren meist lediglich als Mittelsmann oder Vermittler von Krediten. Am Ende benötigen Sie zur Abwicklung doch eine klassische Bank mit Lizenz. Die aktuell sehr interessante technologische Entwicklung bietet den Anlegern zwar viele Chancen. Allerdings sollten Sie sich das Fintech-Unternehmen, mit dem Sie arbeiten wollen auch genau anschauen. Wer steht dahinter? Wer würde haften? Anders als in den USA, wo Unternehmen wie Wealthfront inzwischen schon über 2 Milliarden US-Dollar Vermögen verwalten, liegt der Marktanteil von Fintechs in Deutschland noch im Promillebereich. Viele dieser jungen Unternehmen werden im Bankbereich nicht überleben, wenn sie nicht mit Banken kooperieren oder möglicherweise sogar von diesen übernommen werden. Hinzu kommt, dass die Bankenaufsichten in der Welt diese Entwicklung genau beobachten. Bei den ersten Fintech-Pleiten ist dann zu befürchten, dass die Regulierungsschraube angezogen wird. Es ist zu hoffen, dass am Ende dieser Konsolidierungsphase beide Seite davon profitieren werden: Die Anleger, weil sie neue technologische Möglichkeiten erhalten und die klassischen Banken, die durch zusätzliche Services auch für junge Kunden modern und attraktiv werden.



## Quartalsberichte: Freiwillige Mitteilung soll zum Standard werden

Der 27. November gehört gemeinhin nicht zu den Daten, die sich in den Köpfen der Menschen in Verbindung mit wichtigen Ereignissen festsetzen. Im Jahr 2015 war das anders – zumindest, was Börsianer und börsennotierte Unternehmen angeht. Denn am 27. November 2015 trat die neue EU-Transparenzrichtlinie in Kraft, was mit Blick auf die bisher geltenden Pflichten einem Erdbeben gleichkam. Denn die Pflicht zu Quartalsberichterstattung ist komplett weggefallen. „Damit werden Aktionäre und Analysten sowie Fondsmanager einer geschätzten Informationsquelle beraubt“, ordnet Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW, den Stellenwert der Veränderung ein.

Die DSW hat dazu viele Gespräche geführt, öffentlich Stellung bezogen, dass sie die Drei-Monats-Berichterstattung für sehr sinnvoll hält, und dazu auch mit anderen Interessenverbänden Ideen entwickelt, dass es auch zukünftig Quartalsberichte geben soll und wie diese aussehen könnten. Nun kommt sie mit konkreten Empfehlungen für den Mindestinhalt solcher neuer Quartalsberichte. Gemeinsam mit Kirchhoff Consult AG, einer Agentur für Finanz- und Unternehmenskommunikation, hat die Schutzvereinigung Empfehlungen entwickelt, die die Mindestvorgaben gemäß der Börsenordnung der Frankfurter Wertpapierbörse konkretisieren sollen – sowohl für Unternehmen im Prime Standard als auch im General Standard.

„Unsere Empfehlungen machen sehr anschaulich deutlich, wie Unternehmen mit der neuen Regulierung umgehen sollten. Börsennotierte Gesellschaften haben eine Verantwortung gegenüber ihren Kapitalgebern und diese haben ein berechtigtes Interesse an aussagekräftigen Quartalszahlen. Es lassen sich dennoch erhebliche Einsparungen beim Umfang der Quartalsberichte erzielen, ohne dass der Informationsgehalt darunter leidet“, erläutert Tüngler.

Insbesondere sollten demnach die Zwischenabschluss Tabellen sowie die Informationen zu den Segmenten beibehalten werden. Diese Angaben sind sowohl für Privatanleger als auch für institutionelle Investoren unerlässlich, um sich ein fundiertes Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Finanzlage des Unternehmens machen zu können. Die Kommentierung der Zahlen sollte sich dabei allerdings auf das Wesentliche beschränken und auf zuvor veröffentlichte Berichte Bezug nehmen. Bezüglich des Gesamtumfangs der Quartalsmitteilung lässt sich jedoch kein allgemein gültiger Richtwert definieren, da die Komplexität des jeweiligen Geschäftsmodells letztlich immer den Umfang der Berichterstattung bestimmt, erläutern DSW und Kirchhoff Consult.



Obwohl die Gestaltung der neuen Quartalsmitteilung weitgehend freiwillig ist, gehen Kirchhoff und die DSW davon aus, dass sie sich als Standard durchsetzen wird. „Wir sind überzeugt, dass die Unternehmen im Prime Standard auch weiterhin einen aussagekräftigen Quartalsbericht veröffentlichen werden, denn der Wettbewerb um Kapital wird nicht mit weniger Transparenz gewonnen. Erfahrungen aus Großbritannien zeigen, dass 80 Prozent der Unternehmen weiter Quartalsberichte publizieren, ohne regulatorisch dazu verpflichtet zu sein“, sagt Klaus Rainer Kirchhoff, Vorstandsvorsitzender der Kirchhoff Consult AG.

## DSW-Anlegerbarometer: Privatanleger sehen DAX 2016 im Plus – BASF erneut Lieblingsaktie der Aktionäre

**Die ersten Handelstage haben gezeigt: Ein einfaches Börsenjahr wird 2016 aller Voraussicht nach nicht. Beruhigend wirken da die Ergebnisse der gerade in den letzten Wochen eines jeden Jahres gerne durchgeführten Analystenbefragungen. Besonders beliebt: Die Vorhersage des DAX-Standes. Zwischen 10.800 und 13.000 Punkten liegen die Erwartungen der großen Finanzinstitute für Ende 2016 – im Durchschnitt ergeben sich 11.900 Punkte.**

„Auch die von uns befragten rund 1.000 Privatanleger sehen den DAX30 Ende 2016 klar im Plus. Im Durchschnitt liegt die Privatanleger-Prognose für den Leitindex zum Ende des Jahres bei 11.880 Punkten. Für Mitte 2016 erwarten sie einen DAX-Stand von knapp 11.430“, sagt Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW (Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz).

Immerhin sehen Privatanleger wie Banken keinen drohenden Crash, der die Börsen nachhaltig nach unten drücken würde. „Als die mit Abstand größten Gefahren für die Aktienmärkte 2016 werten Privatanleger eine Konjunkturabschwächung in



Asien, einen möglichen Ausstieg Englands aus der EU und – auf den ersten Blick eher überraschend – soziale Ungleichgewichte“, so Tüngler.

Bereits für 2015 lagen die Privatanleger mit ihrer Prognose gar nicht mal schlecht. „Die von uns Ende 2014 befragten Privatanleger zeigen sich damals zuversichtlich und hatten im Durchschnitt einen DAX-Endstand für 2015 von 10.400 Punkten erwartet. Das war fast eine Punktlandung – der DAX stand Ende 2015 bei knapp 10.740“, unterstreicht Tüngler.

Als besonders attraktiv werteten die Privatanleger im Jahr 2015 die Aktien der BASF SE. Die Anteilsscheine des Ludwigshafener Chemieriesen kürten die Anleger erneut zu ihrer Lieblingsaktie. Auf den Rängen folgten die Daimler AG und die Allianz SE.

„Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Werte auch im Jahr 2016 wieder zu den Lieblingsaktien der Anleger gehören, ist ziemlich groß. Hier ist schon über etliche Jahre eine gewisse Kontinuität erkennbar, die deutlich zeigt, dass die meisten Privatanleger ihren Investitionen nicht nur langfristig treu bleiben, sondern auch eine kontinuierliche, privatanleger-gerechte Kommunikation würdigen“, sagt Tüngler.



## Positiver Ausblick auf die Wirtschaft für das Jahr 2016

Liebe DSW-Mitglieder,

die Voraussetzungen für ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr 2016 scheinen für Deutschland fast optimal zu sein. Die Beschäftigung ist rekordverdächtig hoch und die Tariflohnsteigerungen liegen deutlich oberhalb der Inflationsrate. Dies sollte sich positiv auf den Konsum auswirken. Flankiert werden die guten Zahlen durch einen Anstieg der Rentenzahlungen sowie durch eine leichte Nettoentlastung der Steuerzahler. In der Vergangenheit bestand immer ein enger Zusammenhang zwischen den real verfügbaren Einkommen und den Konsumausgaben. Da auch die Konsumlaune gemäß des GfK-Konsumklimas weiterhin hoch ist, könnten die Konsumausgaben in 2016 um 0,2 Prozent auf 1,9 Prozent steigen.

Der Export wird um circa 4 Prozent zulegen. Dies ist auch weiterhin hauptsächlich dem schwachen Euro geschuldet. Aber auch die Konjunktur in den europäischen Ländern zieht an und wirkt unterstützend für den Export. Und die Bauindustrie expandiert angesichts der niedrigen Zinsen und der steigenden Nachfrage weiter. Vor allem im Wohnungsbau sind die Bauanträge gestiegen. Die Zuwanderung wird den Druck auf den Wohnungsbau weiterhin hoch halten.

Ein Risiko bleibt die Auswirkung des VW-Abgasskandals, macht doch die Automobilindustrie über die gesamte Wertschöpfungskette einen signifikanten Anteil am Bruttoinlandsprodukt aus. Wenn der Exportmotor der deutschen Automobilhersteller zu stottern beginnt, kann es schnell zu einem Lageraufbau kommen, der in der Regel zu Auftrags- und Investitionskürzungen führt. Eine lagerzyklisch bedingte Delle könnte die Folge sein.

Schaut man sich die Prognosen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts für das Gesamtjahr an, so liegen diese im Bereich zwischen 1,6 bis 1,8 Prozent. Insofern dürften deutsche Aktienunternehmen mit Bezug zu Konsum oder Dienstleistungen besonders attraktiv bleiben.

Der HAC wünscht Ihnen ein erfolgreiches Börsenjahr 2016! Bleiben Sie gesund!

Ihr  
 Wolfram Neubrandner  
 Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter [www.hac.de](http://www.hac.de)

## Verfassungsbeschwerde gegen IVG Immobilien AG vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen

**Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 27. Oktober 2015 die Verfassungsbeschwerde der IVG-Geschädigten nicht zur Entscheidung angenommen. Die Verfassungsbeschwerde wurde gegen die richterlichen Entscheidungen zur Bestätigung des Insolvenzplanes der IVG Immobilien AG eingelegt.**

Mit der jetzigen Entscheidung hat das Verfassungsgericht in seiner verkürzten Besetzung als Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Voßkuhle sein Ermessen zu Lasten der Aktionäre ausgeübt und die ausführliche Verfassungsbeschwerde trotz einer intensiven Auseinandersetzung mit der grundrechtlichen Betroffenheit der Aktionäre und deutlich verfassungswidrigen Missbrauchsmöglichkeiten des neuen Insolvenzrechtes ohne eine Begründung abgewiesen. Die Haltung des Bundesverfassungsgerichtes ist nicht nachvollziehbar. Die Vizepräsidentin der DSW, Daniela Bergdolt, die als Anwältin für die Geschädigten auftrat, sieht darin eine klare Absage an die Aktionärskultur in unserem Lande wie auch eine Schwächung der Aktionärsrechte im Ganzen.

„Das neue ESUG und die darin enthaltenen Spielräume für Unternehmen im neuen Insolvenzrecht öffnen für diese Entscheidung erst recht Tür und Tor für den Missbrauch der Gesetzesregelungen, indem Unternehmen durch geschickte, strategische Vorgehensweise ihre Aktionäre als unliebsame Gesellschafter aus dem Unternehmen zu drängen versuchen. Unter Berücksichtigung des hohen gesetzlichen Maßstabes an den Minderheitenschutz der Aktionäre und Gesellschafter in einem Unternehmen, welches das Bundesverfassungsgericht in vielen Entscheidungen selbst mit definiert hat, ist der hiesige Beschluss, sich der Verfassungsbeschwerde inhaltlich nicht annehmen zu wollen, nicht nachvollziehbar“, so Bergdolt.



Gegen diese Entscheidung des höchsten Gerichtes ist ein weiterer nationaler Rechtsbehelf nicht gegeben. Als letzte Maßnahme bleibt nun noch der Gang an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) sowie aufgrund der Verletzungen von Grundrechten eine Klage bei Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. DSW-Vizepräsidentin Bergdolt prüft der-

zeit, ob eine Fortsetzung des Rechtsstreits auf supranationaler Ebene Aussichten auf Erfolg hat.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Daniela Bergdolt zur Verfügung. Frau Bergdolt ist Vizepräsidentin der DSW.

Sie erreichen Frau Bergdolt unter:  
 Tel.: (089) 386654-30  
[www.ra-bergdolt.de](http://www.ra-bergdolt.de)

## In eigener Sache: Klaus Nieding neuer Vorsitzender des Prüfungsausschusses für den „Fachanwalt Bank- und Kapitalmarktrecht“

**Klaus Nieding, Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht und Vizepräsident der DSW, wurde mit Beschluss der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses für den „Fachanwalt Bank- und Kapitalmarktrecht“ bestellt.**

Nieding, der bereits seit 2007 Mitglied des Ausschusses ist, folgt damit Rechtsanwalt Carsten Salger, der die Position des Ausschussvorsitzenden die letzten acht Jahre innehatte. „Es freut mich sehr, dass ich weiter aktiv an der Ausbildung der Anwälte in meinem Fachgebiet mitarbeiten kann“, kommentiert Nieding die Ernennung.

Hauptaufgabe des Prüfungsausschusses ist die Begutachtung der Fachanwaltsanträge und die Abgabe eines Votums gegenüber dem Kammervorstand der Rechtsanwaltskammer. Angehende Fachanwälte für Bank- und Kapitalmarktrecht müssen dabei neben einer Reihe förmlicher Voraussetzungen, darunter etwa die dreijährige Zulassung sowie besondere praktische Erfahrungen im Bank- und Kapitalmarktrecht, auch noch besondere theoretische Kenntnisse nachweisen. „Das geschieht normalerweise durch die erfolgreiche Teilnahme an einem anwaltspezifischen Fachlehrgang zum Thema ‚Bank- und Kapitalmarktrecht‘ und das Bestehen mehrerer Klausuren und Prüfungen erfordert. Daran schließen sich diverse jährliche Pflichtfortbildungen im Fachanwaltsbereich an“, erläutert Nieding.

Marc Tüngler, DSW-Hauptgeschäftsführer, gratuliert Klaus Nieding herzlich zu seiner Ernennung und freut sich, dass der DSW-Vizepräsident an erster Stelle dafür Sorge trägt, dass die Qualität der Anlegeranwälte ein höchstmögliches Niveau beibehält.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:  
 Tel.: (069) 2385380  
[www.niedingbarth.de](http://www.niedingbarth.de)

## Gesetzgeber will Widerrufsjoker für Verbraucherkredite kippen

**In einem Großteil älterer Baufinanzierungsverträge wurde die Widerrufsbelehrung des Kunden fehlerhaft dargestellt. Die Folge: Viele Kreditnehmer haben die Möglichkeit, ihren Kreditvertrag auch etliche Jahre nach Abschluss kostenfrei zu widerrufen, und können so die aktuelle Niedrigzinsphase für sich nutzen.**

Eine teure Vorfälligkeitsentschädigung, die Banken sonst verlangen, wenn ein Kreditvertrag vor Ablauf gekündigt wird, fällt dabei nicht an. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, plant der Gesetzgeber offenbar, dieser für den Verbraucher günstigen Rechtslage einen Riegel vorzuschieben.

„Bis spätestens 21. März 2016 muss die EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie umgesetzt werden“, erklärt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW. „Diese Richtlinie, die eigentlich zu einer neuen Art von Immobilien-Kreditverträgen bei Wohnimmobilienbezug im deutschen Recht führen soll, nimmt der Gesetzgeber zum Anlass, das sogenannte ewige Widerrufsrecht rückwirkend zu kippen. Dies wird insbesondere auch die Verbraucher betreffen, die in der Zeit von Ende 2002 bis Juni 2010 Darlehen abgeschlossen haben. Sollten die Pläne des Gesetzgebers Wirklichkeit werden, dürfte die Möglichkeit zum Widerruf den Verbrauchern nur noch begrenzte Zeit zur Verfügung stehen“, so Nieding weiter.

Im ursprünglichen Regierungsentwurf war lediglich geplant, das Widerrufsrecht für Immobiliendarlehen, die nach dem 20. März 2016 geschlossen werden, zeitlich zu begrenzen. Das ging dem Bundesrat offenbar nicht weit genug, worauf er Anfang Oktober 2015 initiativ eine rückwirkende Wirkung der zeitlichen Beschränkung auch für alle vor dem 20. März 2016 abgeschlossenen Verbraucherdarlehen forderte. Zurzeit befasst sich der Rechtsausschuss des Bundestages mit dem Gesetzentwurf. „Hier scheint die Bankenlobby die Gunst der Stunde genutzt zu haben, um sich eines erheblichen Kostenrisikos zu entledigen“, vermutet Nieding. Schließlich hätte das Gros der Kreditnehmer den sogenannten „Widerrufsjoker“ noch nicht gezogen. „Mit der Einführung einer solchen Rückwirkung wäre es vorbei mit der Möglichkeit des ewigen Widerrufs“, sagt Nieding. „Vor diesem Hintergrund können wir Kreditnehmern nur raten, ihre Verträge schnell rechtlich prüfen zu lassen“, so Nieding weiter.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung.  
Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:  
Tel.: (069) 2385380  
[www.niedingbarth.de](http://www.niedingbarth.de)

## EEV AG Insolvenz: Erneut Privatanleger betroffen

**Mit der EEV Erneuerbare Energie Versorgung AG musste vor kurzem ein weiteres Unternehmen aus dem Bereich „regenerative Energien“ Insolvenzantrag stellen. Und erneut sind etliche Privatanleger davon betroffen.**

Das in Niedersachsen beheimatete Unternehmen, gegen das mittlerweile seitens der Staatsanwaltschaft Braunschweig wegen Kapitalanlagebetrugs ermittelt wird, hatte immerhin rund 26 Millionen Euro eingeworben. Etwa 16,7 Millionen Euro in Form sogenannter Genussrechte und rund 9,5 Millionen Euro in Form sogenannter partiarischer Darlehen. Etwa 2.400 Privatanleger haben laut Angaben des Unternehmens ihr Geld investiert.

„Grundsätzlich sind solche Forderungen im Insolvenzverfahren nachrangig, das heißt: Zahlungen erfolgen nur, wenn zuvor alle regulären Forderungen im Rang des Paragraph 38 Insolvenzordnung vollständig befriedigt wurden. Anleger sollten daher rechtlich prüfen lassen, welche Möglichkeiten bestehen, ihre rechtliche Stellung zu verbessern und die Nachrangigkeit zu beseitigen“, erläutert Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW. „Hier kommen möglicherweise Schadensersatzansprüche aus Prospekthaftung in Betracht. Auch prüfen wir derzeit, ob die Anleger ordnungsgemäß über Ihr Widerrufsrecht belehrt wurden. Vorsorglich sollten die Anleger ihre Forderungen zur Insolvenztabelle anmelden, sobald das Verfahren eröffnet ist oder dies gegebenenfalls durch einen auf Bank- und Kapitalmarktrecht spezialisierten Rechtsanwalt tun lassen, um ihre Ansprüche bestmöglich zu wahren“, so Nieding weiter.

Vorgesehen war das eingesammelte Geld für den Kauf eines Biomassekraftwerks sowie für die Finanzierung des Offshore-Windparks Skua, der laut Unternehmensangaben mit insgesamt 80 Windenergieanlagen rund 400 Megawatt grünen Strom in die deutschen Haushalte und Wirtschaft liefern sollte.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung.  
Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:  
Tel.: (069) 2385380  
[www.niedingbarth.de](http://www.niedingbarth.de)



## Jahresrückblick aus dem Bayerischen Landesverband

**Der Jahresrückblick 2015 beginnt im Dezember 2014: Anfang Dezember 2014 stellte der Bundesgerichtshof (BGH) fest, dass im Verkaufsprospekt des 3. Börsenganges der Deutschen Telekom schwerwiegende Fehler vorliegen. Der BGH hat die Entscheidung des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt aufgehoben und wieder an das OLG zurückverwiesen. Da die Entscheidung des BGH im Rahmen des sogenannten Kapitalmusterverfahrens erging, hat sie Wirkung für und wider jeden Anleger, der sich im Rahmen seiner Schadensersatzklage an dem Musterverfahren angeschlossen hat.**

Der Beschluss gilt damit für rund 17.000 Kläger, die gegen die Telekom Schadensersatzansprüche gerichtlich geltend gemacht haben. Damit ist aber noch nicht entschieden, dass die Klagen im Einzelnen erfolgreich sind. Im Musterverfahren werden nur verallgemeinerungsfähige Vorfragen geklärt. Das Verfahren ist mit Stand heute beim OLG Frankfurt noch nicht aufgenommen worden. Wir erwarten die Aufnahme in Kürze. Die Anwaltskanzlei Bergdolt und Schubert, die rund 1.400 Kläger vertritt, informiert über ihre Website, wann mit einer Wiederaufnahme beim OLG Frankfurt zu rechnen ist.

Am 31. Juli 2015 entschied das Landgericht München in dem Spruchverfahren MAN, dass die Anleger, die MAN-Stamm- und Vorzugsaktien besaßen, eine höhere Abfindung erhalten. Das Spruchverfahren wurde bereits im Oktober 2013 eingeleitet. Die Vizepräsidentin der DSW, Daniela Bergdolt, wurde von Seiten des Gerichts zur Gemeinsamen Vertreterin der nicht selbst am Verfahren beteiligten Antragsteller bestellt. Das Gericht hat in seinem Beschluss die Barabfindung auf 90,29 Euro nach 80,89 Euro je Stamm- und Vorzugsaktie festgesetzt. Der Zuschlag beträgt 9,40 Euro. Der Beschluss ist nicht rechtskräftig. Eine Entscheidung über die Beschwerde ist 2016 zu erwarten.

Ein weiteres Spruchverfahren konnte mit einem Vergleich zugunsten der Anleger abgeschlossen werden. Die Aktionäre der Etienne Aigner AG haben nach dem Squeeze-out-Beschluss im Juli 2014 aufgrund des gerichtlichen Verfahrens ebenfalls eine höhere Abfindung erhalten. Damals wurde die Barabfindung auf 190,00 Euro festgelegt. Durch Vergleich wurde dieser Betrag auf 215,00 Euro erhöht. Der Erhöhungsbetrag wird verzinst. Auch hier war die Vizepräsidentin der DSW, Daniela Bergdolt, als Gemeinsame Vertreterin tätig und hat diesen Erfolg mit begründet.

Eine Vielzahl von Spruchverfahren wurde in diesem Jahr eingeleitet. So beim Squeeze-out von Sky-Aktionären, beim Squeeze-out der Postbank-Aktionäre und dem Squeeze-out der freien Aktionäre aus der Augusta Technologie AG.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Daniela Bergdolt zur Verfügung. Frau Bergdolt ist Vizepräsidentin der DSW.

Sie erreichen Frau Bergdolt unter:  
 Tel.: (089) 386654-30  
[www.ra-bergdolt.de](http://www.ra-bergdolt.de)

## Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der Mobotix AG

Es ist sehr schön zu hören, dass die Mobotix AG den Turnaround geschafft hat und über so gutes Ergebnis des Geschäftsjahres 2014/2015 berichten kann. Auch ist es sehr erfreulich, dass der September 2015 der umsatzstärkste Monat der Firmengeschichte war. Angesichts der erfreulichen Meldungen fällt es zum Teil schwer, das „Haar in der Suppe“ zu finden. Dennoch verbleiben einige Fragen:

Im Bericht des Aufsichtsrats heißt es, dass die Umsätze in den USA rückläufig und nicht zufriedenstellend sind. Details jedoch werden hierzu keine genannt. Woran also liegt es, dass die Umsätze in den USA rückläufig sind? Bitte nehmen Sie hierzu Stellung. Darüber hinaus wird davon berichtet, dass ein neues Konfigurationstool kurz vor der Fertigstellung steht. Auch sei das Patent hierzu beantragt worden.

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

## Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der CeoTronics AG

Trotz der mitgeteilten und erfreulichen Nachricht, dass das Ergebnis je Aktie von minus 0,11 Euro nun auf 0,08 Euro gestiegen ist und der angekündigte „Turnaround“ gemeistert wurde, ist die Aktie der CeoTronics AG noch immer weniger als ein Pennystock. Es ist leider ein Ramschpapier. Welche Strategie wird hier vom Vorstand und vom Aufsichtsrat verfolgt, um in Zukunft – hoffentlich in naher Zukunft – in höhere Sphären zu kommen? Hat die CeoTronics AG überhaupt eine solche Strategie? Oder legt es die CeoTronics AG erst gar nicht darauf an, jemals hohe Ergebnisse je Aktie zu erzielen? Im Bericht des Aufsichtsrats zu Beginn des Geschäftsberichts wird darüber berichtet, dass in einer außerordentlichen Sitzung des Aufsichtsrates vom 12. August 2014 über die Maßnahmen zur Korrektur der versäumten Aufsichtsratswahl bei der letzten Hauptversammlung beraten wurde.

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

## Deutschland hui, China pfui

**Während einige heimische Konjunkturdaten durchaus überzeugen konnten, sind die Vereinigten Staaten nicht ganz so gut ins neue Jahr gestartet. Noch kritischer als in den USA sieht es hingegen im Reich der Mitte aus.**

Versöhnlicher Jahresabschluss – zumindest in Deutschland. Vor allem einige Ende 2015 veröffentlichte Konjunkturindikatoren nähren die Hoffnung, dass der Wirtschaftsmotor zwischen Kiel und Konstanz weiterhin rund läuft. So legte etwa der ZEW-Index für die Konjunkturerwartungen im Dezember von 10,4 auf 16,1 Punkte zu. Damit stieg das vom Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung erhobene Barometer nicht nur zum zweiten Mal in Folge, es erklomm auch den höchsten Stand seit August 2015. Der Index der Lagebeurteilung präsentierte sich mit einem Plus um 0,6 auf 55,0 Zähler ebenfalls besser, als vorab erwartet worden war (54,2 Punkte).

Auch der Start ins neue Jahr ist gut geglückt. Mut machen beispielsweise die Anfang der Woche für den Monat Dezember veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen. Gegenüber dem Vormonat fiel die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt um 14.000 Personen. Besonders erfreulich und zugleich Indiz dafür, dass sich an der positiven Beschäftigungsentwicklung so schnell wohl nichts ändern sollte, ist die Zahl der gemeldeten offenen Stellen, die mit 620.000 den höchsten, jemals gemessenen Wert erreichte. Mut macht auch, dass die Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland und der Eurozone im Vergleich zu den vorläufigen Zahlen leicht nach oben angepasst wurden – und zwar auf jeweils 53,2 Punkte. Somit liegen beide Indizes weiterhin klar im expansiven Bereich, der Experten zufolge ab einem Stand von 50 Zählern startet.

### **Inflationsrate verharrt auf niedrigem Niveau**

Die Inflationsrate im Euroraum hat sich hingegen nicht in die gewünschte Richtung entwickelt. Gegenüber dem Vormonat verharrte die Teuerungsrate im Dezember bei 0,2 Prozent,

wobei vor allem der kräftige Rückgang bei den Energiepreisen preisdämpfend wirkten. Die anvisierte Inflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) in Höhe von „nahe, aber unter 2 Prozent“ befindet sich somit nach wie vor in weiter Ferne. Noch größere Bauchschmerzen bereitet aber die unverändert niedrige Kerninflationsrate – Verbraucherpreise ohne Energie-, Nahrungs-, und Genussmittel –, die sich mit 0,9 Prozent ebenfalls nicht vom Fleck bewegte. Laut der Commerzbank werde somit der von der EZB erwartete deutliche Anstieg der Kernteuerungsrate 2016 auf durchschnittlich 1,3 Prozent immer unwahrscheinlicher. Im März könne die EZB daher ihre Projektionen deutlich nach unten korrigieren und diese Abwärtsrevision zum Anlass nehmen, weitere expansive Maßnahmen zu beschließen. Bereits im Dezember hat EZB-Chef Mario Draghi die ohnehin schon sehr expansive Geldpolitik noch einmal gelockert.

### **US-Notenbank beendet ihre Politik des billigen Geldes**

Die US-amerikanische Notenbank Fed hat im Dezember hingegen die seit vielen Monaten angekündigte Leitzinswende eingeläutet. Wie vom Gros der Analysten erwartet hat Fed-Chefin Janet Yellen den Schlüsselzins von 0 bis 0,25 Prozent auf 0,25 bis 0,5 Prozent erhöht. Ob nun weitere Zinserhöhungen folgen und wie kräftig die möglichen Erhöhungen ausfallen werden, wird in erster Linie von den künftigen Wirtschaftsdaten bestimmt. Fakt ist: Besonders gut sind die USA nicht ins neue Jahr gestartet. So schrumpfte der ISM-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im Dezember von 48,6 auf 48,2 Zähler – und markiert somit den tiefsten Stand seit Juni 2009.

### **China startet bescheiden ins neue Jahr**

Einen noch katastrophaleren Start ins neue Jahr hat jedoch die chinesische Wirtschaft hingelegt. Grund: Der Anfang Januar veröffentlichte – von Markit und Caixin erhobene – Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe enttäuschte mit einem Rückgang von 48,6 auf 48,2 Punkten klar die Markterwartungen – und zwar so sehr, dass die Börsen rund um den Globus kräftig Federn gelassen haben.





## Ein Fehlstart nach Maß

**Schlechte Nachrichten aus China sorgen an den weltweiten Kapitalmärkten für den ersten großen Knall des neuen Jahres 2016. Die globalen Aktienindizes zeigen sich am ersten Handelstag schwer beeindruckt und gehen in die Knie. Das drückt auch ihre Monats-Performance deutlich. Neben der wirtschaftlichen Lage im Reich der Mitte belastet vor allem die politische Situation im Nahen Osten.**

Nachdem der Aktienmarkt nach der vorgezogenen Jahresendrally von November in der ersten Dezember-Hälfte in Form einer kleinen Korrektur kurzzeitig verschnaufte, bewegte er sich in den letzten beiden Wochen des Jahres nochmal nach oben. Die Jahresbilanz im DAX für 2015 fiel damit positiv aus: Trotz mitunter großer Schwankungen im Jahresverlauf lag die Wertentwicklung des wichtigsten deutschen Aktienindex bei rund zehn Prozent. Der Start ins neue Jahr fiel dann allerdings denkbar schlecht aus: Ein enttäuschender, unerwartet niedriger Einkaufsmanagerindex im Dezember in China hat die Sorgen um die Konjunktur im Reich der Mitte erneut verstärkt. Unter dem Eindruck des heftigen Kursrutschs der chinesischen Börse, an der sogar der Handel ausgesetzt werden musste, zog es den DAX am ersten Handelstag 2016 um zeitweise über vier Prozent mit in die Tiefe. Damit fällt auch seine Wertentwicklung der vergangenen vier Wochen mit minus viereinhalb Prozent schlecht aus. Der Eurostoxx sowie der CAC 40 wurden mit minus fünf bzw. minus vier Prozent ebenfalls von den Negativschlagzeilen aus dem Reich der Mitte in Mitleidenschaft gezogen. Neben China belastet die Indizes die sich zuspitzende Situation im Nahen Osten, in deren Zentrum derzeit der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran steht.

## Hin und her für den Euro

Eine klassische Berg- und Talfahrt zeigte in den letzten vier Wochen der Euro. Anders als erwartet hatte die Gemeinschaftswährung unmittelbar im Anschluss an die Zinserhöhung durch die US-amerikanische Notenbank Fed Mitte Dezember gegenüber dem Dollar leicht zugelegt, in den letzten Handelstagen des alten Jahres schwächelte sie aber wieder. Der erste Handelstag des neuen Jahres gestaltete sich für den Euro zwar positiv. Insgesamt ging es für die Währung auf Sicht von einem Monat aber um ein halbes Prozent nach unten. Das könnte angesichts der Diskrepanz zwischen den geldpolitischen Strategien der Fed auf der einen und der EZB auf der anderen Seite auch der Trend der kommenden Wochen und Monate sein.

## Gold leicht, Dow deutlich im Minus

Für Gold ging es am ersten Handelstag 2016 kräftig aufwärts. Unter dem Strich bewegte sich der Preis für das Edelmetall in den vergangenen vier Wochen zwar mit einem Minus von knapp unter einem Prozent immer noch im roten Bereich. Doch nach der deutlicheren Korrektur des Goldkurses vom November dürften Goldanleger diesen verhältnismäßig kleinen Verlust schon fast als Beruhigung aufgefasst haben. Zumindest vorübergehend konnte auch Öl den Abwärtstrend der vergangenen Monate stoppen. In den kommenden Wochen dürfte die Notierung des „schwarzen Goldes“ stark von den Nachrichten über die Entwicklung im Nahen Osten abhängen.

Der US-Aktienmarkt war in der jüngsten Vergangenheit geprägt vom erwähnten Fed-Zinsbeschluss. Im Zuge der Aussicht auf weiter ansteigende Zinsen hielten sich Aktienkäufer vornehm zurück, der Crash in China drückte zusätzlich auf ihre Stimmung. Auf Sicht der vergangenen vier Wochen gab der Dow Jones Index um knapp vier Prozent nach.

## Veranstaltungen

### Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind - so z.B. der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um ca. 21:00 Uhr.

**Anmeldungen** für alle Aktienforen bitte an:  
[seminare@dsw-info.de](mailto:seminare@dsw-info.de)

#### ➤ **Veranstaltungsübersicht**



**Die Terminplanung für unsere Anlegerforen im 1. Halbjahr 2016 beginnen wir erst im Februar.**

**Wir halten Sie hierzu auf dem Laufenden!**

## Impressum

### **DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.**

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf  
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60  
 E-Mail: [dsw@dsw-info.de](mailto:dsw@dsw-info.de) [www.dsw-info.de](http://www.dsw-info.de)

#### **GESCHÄFTSFÜHRUNG:**

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfisher (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

#### **REDAKTION:**

Christiane Hölz (DSW e. V.)  
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

#### **WERBUNG:**

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

#### **GESCHÄFTSFÜHRUNG:**

Thomas Hechtfisher, Marc Tüngler

#### **ANSPRECHPARTNER:**

Christiane Hölz, 0211-6697-15; [christiane.hoelz@dsw-info.de](mailto:christiane.hoelz@dsw-info.de)  
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880  
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

#### **TECHNISCHE UMSETZUNG:**

Zellwerk GmbH & Co. KG

#### **BILDNACHWEIS:**

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 3: © Coloures-pic.jpg - Fotolia.com; Seite 4: © sergign.jpg - Fotolia.com; Seite 5: © Weissblick.jpg - Fotolia.com; Seite 1-7 & 10: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 8 © Evrin-Kalinbacak - Fotolia.com; Seite 9: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com; Seite 10 © gena96 - Fotolia.com



1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



**Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY**

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.



## JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_ PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich  per Rechnung  bequem durch Bankeinzug

Bank \_\_\_\_\_

Kontonummer \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.  
Per Post senden an:  
DSW –  
Deutsche Schutzvereinigung  
für Wertpapierbesitz e. V.  
Postfach 350163  
40443 Düsseldorf  
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22  
Telefax: 02 11/66 97 60  
Internet: [www.dsw-info.de](http://www.dsw-info.de)  
E-Mail: [dsw@dsw-info.de](mailto:dsw@dsw-info.de)